

das Ziel, die Dekarbonisierung des europäischen Energiesystems weiter voranzutreiben. Derzeit entstehen 75 Prozent der Emissionen von Treibhausgasen (THG) durch die Erzeugung und den Verbrauch von Energie.

### Ausgangslage in Österreich

Die ArbeitnehmerInnen zahlen den Großteil der Ökosteuern in Österreich. Sie zahlen relativ höhere Ökostromförderbeiträge und Netzentgelte und profitieren weder von den weitreichenden Befreiungen im Rahmen der österreichischen Energieabgabe (z. B. für die nicht-energetische Verwendung fossiler Energieträger) noch von der Energieabgabenvergütung. Bei der Einführung von Ökosteuern ist daher auf die soziale Ausgewogenheit zu achten. Ökosteuern sind Verbrauchersteuern, sie treffen Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen besonders stark, weil diese einen großen Anteil ihres Einkommens für Energieausgaben und Konsum aufwenden.

\*Europäisches Parlament, Bericht über Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung, P8\_T A(2019)0240, 26. März 2019

Steuerhinterziehung  
in der EU

= 825 Mrd. Euro

Quelle: Europäisches Parlament\*



### Leistung muss gewährleistet bleiben

All die Investitionen und Maßnahmen müssen dazu beitragen, dass sich alle BürgerInnen die Veränderungen auch leisten können. Klimaschutz darf nicht zu einem Luxus werden, der einzelne Bevölkerungsgruppen ausgrenzt. Der Grüne Deal ist eine Chance, den sozial gerechten Wandel herbeizuführen. Dies wird aber nur mithilfe von Investitionen in qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen und der Mitwirkung aller funktionieren.

Beschäftigten geachtet werden. Es ist uns auf EU-Ebene gelungen, einen sog. „Just Transition Fund“ einzurichten, der in betroffenen Branchen und Regionen die ArbeitnehmerInnen absichern soll.

### Wie soll der Deal finanziert werden?

Nachdem die Sparpolitik der letzten 10 Jahre Europa weit zurückgeworfen hat und die Corona-Krise die Wirtschaft zum Erliegen brachte, muss nun investiert werden. Das heißt, wir brauchen EU-weit jährlich rund 180-290 Mrd. Euro an zusätzlichen Investitionen, um den Zielen des Pariser Abkommens nachzukommen. Die neue EU-Kommission will bis 2030 rund 1 Billion, also 1.000 Milliarden Euro investieren. Vorwiegend privater Natur. Das wird sich allerdings nicht ausgehen. Wir brauchen dringend öffentliche Investitionen, d. h. mehr Flexibilität bei öffentlichen Zukunftsinvestitionen durch eine sog. „Goldene Investitionsregel“. Und dann ist es Zeit für Steuergerechtigkeit: Europa entgehen jährlich durch legale und illegale Steuervermeidung rd 1.000 Mrd. Euro. Damit ist wohl alles gesagt.

### Was heißt das für Österreich?

Wir brauchen keine Steuergeschenke für Reiche und die Industrie, sondern Investitionen. Ein Investitionspaket von 1.000 Mrd. Euro jährlich für den Ausbau der Öffis, saubere Energie, energieeffizientes Wohnen, Klima- und Energieforschung ist notwendig, damit die Klimaziele erreicht werden und Strafzahlungen in Höhe von 6 bis 10 Mrd. Euro vermieden werden.

### Tritt das nicht alles angesichts der Corona-Krise in den Hintergrund?

Wir sehen, wie verletzlich unser Lebensstil und das Wirtschaftssystem sind. Nach der Corona-Krise muss die Wirtschaft wieder auf die Beine kommen. Das ist aber auch eine Chance und muss mit dem grünen Umbau der Wirtschaft einhergehen. Es werden massive Geldmittel notwendig sein. Spekulanten und Zocker an den Börsen müssen durch eine Finanztransaktionssteuer zur Kasse gebeten werden und ein gerechter Steuerbeitrag von Konzernen und Reichen erfolgen.



Sabine Vogler  
Amnesty-Netzwerk  
Arbeit, Wirtschaft und  
soziale Rechte



Venezuela

## Verhafteter Gewerkschafter in Lebensgefahr

Der Gewerkschafter Rubén González setzt sich seit Jahrzehnten für Arbeitsrechte ein, so etwa für Tarifverhandlungen und die Auszahlung geschuldeter Löhne im staatlichen Eisenerz-Unternehmen „Ferrominera del Orinoco“. Deshalb wurde er immer wieder willkürlich festgenommen und verurteilt. 2011 organisierte er etwa einen Streik: Er wurde zu über sieben Jahren Haft verurteilt, kam aber dank massiver Proteste nach vier Tagen frei.

Zurzeit befindet sich der Gewerkschafter seit 29. November 2018 in Haft. Er wurde von der militärischen Spionageabwehr festgenommen und von einem Militärgericht in einem unfairen Verfahren verurteilt.

Rubén González leidet seit mehr als zehn Jahren an Niereninsuffizienz und an Bluthochdruck. Seine Anwälte haben wiederholt vor Gericht um ärztliche Behandlung gebeten, doch wurde er nur einmal verlegt, um medizinisch versorgt zu werden. Seiner Familie wird lediglich dann erlaubt Medikamente zu schicken, wenn er starke Schmerzen hat.

Seit dem 19. Jänner 2020 hat sich sein Gesundheitszustand dramatisch verschlechtert. Wenn er nicht sofort medizinische Hilfe erhält, ist sein Leben in Gefahr. Amnesty International fordert die unverzügliche und bedingungslose Freilassung des Gewerkschafters und angemessene medizinische Versorgung. Mehr Informationen und die Aktion dazu finden Sie unter: <http://gewerkschafterInnen.amnesty.at>